

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Widerspruchsvolle Währungspolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) : Widerspruchsvolle Währungspolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 4, pp. 8-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130921>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Droht eine neue Weltwirtschaftskrise?

Das Ausmaß des amerikanischen Rückschlags

Von Jahresmitte 1948 zu Jahresmitte 1949 ist in den USA die Zahl der Berufstätigen von 61 auf 57 Mill. zurückgegangen. Zum großen Teil dürfte es sich um Ehefrauen handeln, die die Berufstätigkeit an den Nagel gehängt haben. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist jedenfalls erst von 2,8 auf 3,8 Mill. gestiegen. Die geleisteten Arbeitsstunden (und damit das Volkseinkommen) sind aber noch stärker zurückgegangen als die Beschäftigtenzahl; denn Überstunden sind selten geworden, und Kurzarbeit nimmt zu. Dabei ist die Stahlerzeugung von ihrem Höchststand, der selbst über der theoretischen Kapazität liegt, noch nicht zurückgesunken. Denn einige Industrien, wie die Autoindustrie, die bisher ihren Bedarf nicht voll decken konnten, nehmen noch jedes freiwerdende Kontingent ab. Wie lange noch?

In der Umgebung des Präsidenten Truman, d. h. in dem Dreiererrat der Wirtschaftsberater und bei den Kabinettsmitgliedern mit wirtschaftlichen Ressorts, herrscht augenscheinlich die Meinung, daß der gegenwärtige Rückschlag in seinen Ursachen dem von 1920/21 verwandt sei. Die Nächstkonjunktur, in der die Inhaber überschüssiger Kaufkraft jeder greifbaren Ware ohne Rücksicht auf Preis nachgefragt sind, hat damals zwei Jahre gedauert, diesmal aus leicht verständlichen Gründen vier Jahre. Jetzt wird schärfer auf Preis und Qualität gesehen, und damit ist eine Bereinigung der Lage fällig. Ist diese erfolgt und sind die Kosten reduziert, dann sprechen das bedeutende Wachstum der Bevölkerungszahl und der unerhört rasche technische Fortschritt für die Wahrscheinlichkeit einer optimalen Beschäftigung auf lange Sicht. Jetzt handelt es sich darum, die Kostenbereinigung nicht zu unterdrücken, eine krisenhafte Zuspitzung aber zu verhüten. Reichen die konjunkturpolitischen Mittel aus, um dies sicherzustellen?

In dem wirtschaftlichen Lagebericht des Präsidenten zur Jahresmitte wird angekündigt, daß man vom Kongreß die Ermächtigung fordern wird, die Ausgaben für öffentliche Arbeiten je nach Lage weit über den etatmäßigen Jahresbetrag von etwa 3 Mrd. \$ hinaus zu steigern und gleichzeitig gewisse Steuern zu suspendieren. Die Vermehrung der öffentlichen Arbeiten, die in Roosevelts New Deal eine hervorragende Rolle spielte, sind jetzt nur als letztes Mittel gedacht. Da man jetzt beizeiten eingreifen denkt, verspricht man sich von Steuersenkungen und ähnlichen elastischen Maßnahmen schon eine ausreichende Wirkung.

Wem dies als wenig erscheint, der möge berücksichtigen, daß auch der Hintergrund ein ganz anderer ist als in den zwanziger

Jahren. Die Verseuchung des Kreditwesens mit spekulativen Luftschlössern war in jeder früheren Hochkonjunktur bezeichnend für Amerika, und die Ernüchterung pflegte viel Gesundes mitzureißen. Davon ist diesmal nicht die Rede. Spekulation hat es nur sehr mäßig gegeben; und keinesfalls könnte ihre Auflösung auch auf das Gesunde übergreifen, denn 60 % der neueren Investitionen sind aus laufenden Gewinnen finanziert worden. Diese Wandlung ist nicht nur kredittechnisch zu erklären. Sie hat einen tieferen Grund. Der Geist des Goldsuchers, der in sublimierter Form Amerika noch bis 1929 beherrscht hat, ist dahingegangen. Der Sinn für den Wert der Stetigkeit ist erwacht. Wenn ein Hauptziel der Gewerkschaften die Betriebspensionskasse ist, so beweist das, wie allgemein das Dauerhafte dem Augenblicksvorteil vorgezogen wird. (B.)

Krise oder Strukturwandel?

Schweden ist optimistisch

Aus Stockholm

Im Hinblick auf die intensive Verbindung Schwedens mit dem Weltmarkt, vor allem mit den USA, hat die Frage, ob sich im Zusammenhange mit den Preiseinbrüchen auf zahlreichen Märkten eine Krise größeren Ausmaßes anbahne, in maßgebenden schwedischen Wirtschaftskreisen allerstärkste Beachtung gefunden. Für Schweden hat sich in erster Linie eine nachhaltige Verschlechterung im Export von Zellulose, Holzschliff und Papier nicht nur nach den USA, sondern nach allen Märkten „harter“ Währungen ergeben. Das gab etwa im Herbst 1948 Anlaß zu den schlimmsten Befürchtungen. Umso mehr, als gerade Schweden, im übrigen aber auch Norwegen und Finnland, daran krankten, daß die Erlöse in Dollars und anderen „harten“ Devisen unzureichend sind, so daß die Verschlechterung der Ausfuhr nach diesen Märkten zwangsläufig die Notwendigkeit der Begrenzung der Einfuhr nach sich zieht. Für Dänemark liegen die

Verhältnisse ganz ähnlich, mit dem Unterschied, daß es bisher nicht gelungen ist, den Export von landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten in dem wünschenswerten Maße nach Hartwährungsländern zu vergrößern.

Die Beurteilung der Frage, ob von den USA ausgehend eine Krise zu erwarten sei, ist inzwischen sehr viel ruhiger geworden, als es anfänglich der Fall war. Die Preiseinbrüche am Zellulose- sowie auch am Papiermarkt werden nicht mehr als konjunkturelle Erscheinungen im engeren Sinne gewertet, sondern sie sind nach allgemeiner Auffassung die Folge ganz bestimmter struktureller Veränderungen der überseeischen Industrien, in fast genau dem gleichen Sinne, wie sie nach dem ersten Weltkrieg zu beobachten gewesen sind: die überseeischen Rohstoffgebiete gehen in zunehmendem Maße zur Verarbeitung des Rohstoffes an Ort und Stelle über, die Transportorientierung der Industrien kommt insofern in eine neue Lage, als es als billi-

ger angesehen wird, die Verarbeitung an die Rohstoffvorkommen zu verlegen, anstatt sie wie bisher im Zentrum des Verbrauchs vorzunehmen.

In Schweden und den übrigen nordeuropäischen Holzverarbeitungsländern hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Rückgang im Absatz von Zellulose, Holzschliff und Papier nach den USA eine Folge dieser Standortveränderung ist. Die USA und Kanada verfügen über ungewöhnlich große Waldbestände, deren direkte Verwertung sich viel billiger stellt als in Nordeuropa. Aus zahlreichen Kostenanalysen ergibt sich, daß der Rohstoff in den überseeischen Ländern der Industrie beinahe kostenlos zur Verfügung steht. Außerdem befinden diese Länder sich auch kraftstoffmäßig in einer günstigeren Lage. Die Konsequenz hieraus ist ganz gewiß für den Norden nicht erfreulich. In weitesten Kreisen der nordeuropäischen Holzverarbeitung besteht volle Klarheit darüber, daß eine Wiederaufnahme des Exports von Zellulose usw. nach Übersee in dem früheren Maße ganz sicher nicht mehr möglich sein wird. Deshalb ist die Holzveredelungsindustrie bemüht, sich nach anderen

Märkten umzusehen, die Produktion zu rationalisieren und zu verbilligen.

Auf dem Hintergrunde dieser speziell für Schweden und den Norden gültigen Zusammenhänge werden die zur Zeit zu beobachtenden Abschwächungen der internationalen Wirtschaftslage nicht als Beginn einer Krise größeren Ausmaßes aufgefaßt, sondern als Anpassungserscheinungen an eine weltwirtschaftliche Strukturveränderung. Selbstverständlich erscheinen diese nicht als die ausschließlichen Gründe der Konjunkturverschlechterung. Dazu kommen Störungen der Bedarfs- und Versorgungsverhältnisse im besonderen in den am Kriege beteiligt gewesenen Ländern, für Deutschland die derzeitige, unbefriedigende Aufteilung in Zonen u. a. Allgemein aber wird in den Nordländern angenommen, daß es sich bei allen diesen Faktoren um Übergangsformen handelt, die ohne gewisse Gleichgewichtsstörungen der weltwirtschaftlichen Grundlagen nicht überwunden werden können! (dt.)

Mangel an Elastizität

Aus London

Da die kriegsbedingten Verschiebungen in der Preisrelation zwischen Rohstoffen und Agrarprodukten einerseits und Halb- und Fertigwaren andererseits seit Jahren für Englands Zahlungsbilanzschwierigkeiten verantwortlich gemacht worden waren, wurden die Preiseinbrüche an den amerikanischen Warenmärkten zunächst in der Londoner City als Anzeichen einer Normalisierung mit Genugtuung notiert. Seitdem ist auf manchen Märkten eine teilweise Erholung eingetreten, aber die für die Ausfuhr nach Nordamerika bestimmten Sterlingblock-Rohstoffe und britischen Qualitätswaren haben unter der Geschäftsflaute in den USA stark gelitten. Zur Zeit fehlt es noch an jedem Anzeichen für eine baldige Erholung auf diesem Gebiet.

Trotzdem glaubt man in London nicht ernstlich, daß sich die amtlich zugegebene „recession“ in den USA (selbst wenn dieser Ausdruck zu milde sein sollte) sich in einen regelrechten „slump“ entwickeln wird, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen: Einmal sind die Absatzschwierigkeiten zuerst und im wesentlichen in Konsumgüterindustrien als Folge einer Marktsättigung zu den herrschenden, anerkanntermaßen überhöhten Preisen aufgetreten, während Produk-

tionsgütererzeuger meist nur einen zeitweisen Nachfrageabfall konstatierten; von einer gefährlichen Überdimensionierung der kapitalintensiven und deshalb besonders krisenempfindlichen Grundindustrien kann also keine Rede sein. Zum andern hält man die finanzielle Basis der amerikanischen Wirtschaft für stark genug, um auch harte Stöße auszuhalten, selbst wenn sie nicht durch Regierungsmaßnahmen gelindert werden.

Eine andere Frage ist es jedoch, ob England und Kontinentaleuropa sich schon genügend erholt haben, um die Auswirkungen einer amerikanischen Flaute überwinden zu können, selbst wenn diese nicht in eine wirkliche Krise ausartet. Englands prekäre Devisenlage ist unerwartet und deshalb um so schmerzlicher von dem amerikanischen Konjunkturumschlag getroffen worden, nicht weil Exportabsatz und -preise besonders stark gelitten hätten, sondern weil sie keinerlei Abstrich vertrugen. Europa, so scheint es, braucht eine Hochkonjunktur in den USA zum Ausgleich seiner Devisenbilanz. Selbst leichte Rückschläge sind zu schwer. Außerdem haben sowohl in Großbritannien als auch in den europäischen Industrieländern, die letzten kritischen Monate bestätigt, was einsichtige Wirtschaftler und Politiker seit langem betonten: Es fehlt an der nötigen Elastizität, Stöße von außen abzufangen. Der Mangel an Anpassungsfähigkeit ist vielleicht in einer reglementierten Wirtschaft bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich, aber seine Folgen sind deshalb nicht minder schwer. Es ist der Mangel an Reserven, an Spielraum, an spontaner Reflexbewegung, der heute jede Wirtschaftsabschwächung in den USA für die europäische Wirtschaft so verhängnisvoll erscheinen läßt. (A.)

Weltwirtschaftlicher Wettersturz

Ende 1948 hat in den USA die Konsumgüterfertigung endlich die Nachfrage eingeholt. Nach mehrjähriger „Verkäuferkonjunktur“ ist infolgedes-

sen endlich der wirtschaftliche Normalzustand des „Käufermarktes“ wiederhergestellt worden. Dieser Umschwung

führte zur Entspannung der Gesamtwirtschaft, insbesondere zu erheblichen Preiserückgängen und zum Lagerabbau. Da jedoch bereits seit langem mit einem Rückschlag gerechnet worden war, waren die spekulativen Elemente unerheblich, und da die durch die technischen Fortschritte seit dem Krieg bedingte Investitionskonjunktur ununterbrochen andauert, ist es nur zu einer Konjunkturabflauung auf hohem Niveau gekommen, nicht zur Krise. Überdies wird die Konjunktur dadurch gestützt, daß die Bundesregierung im Juli wieder zur Defizitfinanzierung zurückgekehrt ist.

Die britische Wirtschaftsplanung ging lediglich auf Produktions- und Ausführsteigerung aus, nicht auf Kostensenkung und echte Stärkung der Konkurrenzkraft. Diese Politik ist infolge des amerikanischen Konjunkturwechsels zusammengebrochen. Der daraus resultierende offene Konflikt zwischen der britischen und amerikanischen Wirtschaftspolitik führt zur Ernüchterung der USA über den Marshallplan und kann in seinen Folgen dazu führen, daß die jetzige, britisch gelenkte widerspruchsvolle Europaplanung durch ein sinnvolles System abgelöst wird. (U. K.)

Traditionelle Krisenbekämpfungsmittel

Kann man den beruhigenden Versicherungen glauben, daß die Abflachung der amerikanischen Konjunkturkurve nicht zu einer weltweiten Krisis umschlagen wird? Der Apparat der weltwirtschaftlichen Beziehungen ist viel zu empfindlich, als daß sich nicht auch kleine Einbrüche heute katastrophal auswirken könnten und die daraus entstehenden Rückstöße nicht auch diese kleinen Einbrüche verhängnisvoll vergrößern könnten. Allzu frisch ist noch die Erinnerung an das Hinabreißen selbst gesündester Institutionen in den Strudel der allgemeinen Wirtschaftsdpression. Und es erfüllt uns mit Sorge, wie nahe bei uns in

Deutschland gesunde Wirtschaftsunternehmen am Abgrund stehen. Wir wollen gern glauben, daß die Erfahrung der 20er Jahre einiges gelehrt haben dürfte, um allzu große Ausschläge rechtzeitig verhindern zu können. Wir wollen auch gern glauben, daß die Spekulation heute keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt. Die Gefahr liegt aber auf einem anderen Felde. In der Erfindung von Krisenbekämpfungsmitteln sind die Regierungen der ganzen Welt noch nie sehr einfallsreich gewesen. Und es könnte die Angst vor dem Hinabgleiten in eine allgemeine Weltwirtschaftskrise nur allzu leicht

dazu verführen, zur Bekämpfung kleinerer Einbrüche die altbewährten außerwirtschaftlichen Mittel zu benutzen. Die gespannte politische Lage legt einen solchen Gedanken nur allzu nahe. Und wir wissen nur allzugut, daß außerwirtschaftliche Mittel mit unerbittlicher Konsequenz einen außerwirtschaftlichen Einsatz erzwingen. Man sollte diese Gefahr rechtzeitig erkennen. Die Zustimmung aller Parteirichtungen wird nur zu zeitweilig gegeben, wenn diese außerwirtschaftlichen Mittel als die erprobten Mittel der Krisenbekämpfung auch heute wieder angepriesen werden. (h)

Widerspruchsvolle Währungspolitik?

Während man in London den Schwanengesang der „cheap-money-policy“ anstimmt, während dort die „gilt-edged“ so weitgehende Kurseinbußen erlitten, daß die Effektivverzinsung in den letzten drei Jahren um fast 1% auf über 3,5% stieg, betont die Bank Deutscher Länder in ihrem letzten Monatsbericht, daß sie eine „Politik des leichteren Geldes“ fortsetze und nun der Diskontsatz mit 4% wieder auf dem Stand angekommen sei, den er während einer langen Periode der „Leichtgeldpolitik“ — nämlich vom 22. September 1932 bis 8. April 1940 behauptet hatte.

Aber während die eine Notenbank sich mühevoll aus der seit 17 Jahren verfolgten Währungspolitik herauszuwinden sucht, stützt sich die junge westdeutsche Bank bewußt wieder in eine derartige Politik hinein. Cripps rüstet sich in England zum Gang nach Canossa; er wird in Washington Rechenschaft für seine Politik ablegen und darf wohl bei Anrechnung mildernder Umstände auf die notwendige amerikanische Hilfe hoffen. Jedoch wird diese vermutlich an harte Bedingungen geknüpft sein, zu denen vielleicht eine Abkehr von der Politik des

billigen Geldes, eine Abwertung und die wenigstens zeitweilige Einstellung der englischen Politik eines sozialen Wohlfahrtsstaates gehören werden. England wird einen Schlußstrich unter seine Zinspolitik zu ziehen haben, eine Politik, die Vollbeschäftigung, billige Staatsverschuldung und Kriegführung, aber auch eine Kostensenkung der kapitalintensiven Industrien versprach, die nun aber langfristig zu schwerwiegenden Verzerrungen der binnen- und außerwirtschaftlichen Struktur führte.

In Deutschland will man weniger einen Anreiz zu erhöhter Inanspruchnahme kurzfristiger Bankkredite geben als die Produktionskosten der Wirtschaft herabdrücken und die Fluktuation vom Geld zum Kapitalmarkt fördern. Förderung der Investition, Aufbau des Kapitalmarktes und vor allem optimale Nutzung aller Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, sind Gebot der Stunde. Es darf aber dadurch nicht die Zinsgestaltung, ein notwendiger Faktor einer funktionierenden Marktwirtschaft, zu einer allgemeinen Erstarrung gebracht werden, sondern muß ein elastisches Instrument der Konjunkturpolitik bleiben. (Rp.)

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährlich DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljährlich DM 36,—. Zu beziehen direkt vom Verlag od. durch den Buchhandel